

EU - Lateinamerika: Alternativgipfel in Wien

Von unserer Korrespondentin CORNELIA MAYRBÄURL

Globalisierungskritiker gegen Handelsabkommen.

Buenos Aires. Globalisierungskritiker planen während der EU-Präsidentschaft einen Großauftritt in Wien: Parallel zum Mitte Mai stattfindenden EU-Lateinamerika-Gipfel wird es einen vier Tage dauernden "Alternativgipfel" geben. Im Mittelpunkt der beiden Treffen werden die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Kontinenten stehen.

Der vierte Gipfel der EU und der lateinamerikanischen und karibischen Staaten Mitte Mai wird die größte Veranstaltung während Österreichs Ratsvorsitz sein. Etwa 60 Delegationen werden in Wien erwartet. Wie viele und welche Staats- und Regierungschefs aus Lateinamerika anreisen, ist noch unklar. Nur einer dürfte sicher kommen: Venezuelas Präsident Hugo Chávez will an beiden Veranstaltungen teilnehmen. Der Linkspopulist Chávez ist bei Alternativ-Veranstaltungen regelmäßig mit dabei. Zuletzt in der argentinischen Stadt Mar del Plata, wo er gemeinsam mit Fußballstar Diego Maradona auftrat und eine zweistündige Rede hielt. In Wien ist geplant, dass er an der Abschlussdemonstration des Gegengipfels teilnimmt.

Der Alternativgipfel wendet sich gegen Freihandelsabkommen. Organisiert wird das Treffen von Gruppen wie der globalisierungskritischen Attac. Die Veranstalter kritisieren, dass die Jahrhunderte lange Ausbeutung Lateinamerikas durch Europa in den Handelsabkommen fortgesetzt werde. Demokratische Werte oder Menschenrechte würden zwar beschworen, aber nicht umgesetzt. Wenn die EU "Handel, nicht Hilfe" propagiert, vertritt sie laut den Organisatoren nur die Interessen europäischer Konzerne und lateinamerikanischer Exporteure. In Wirklichkeit gehe die Freiheit für Güter, Dienstleistungen und Kapital zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen, denen Entwicklungschancen versagt blieben.

Darauf sollen prominente Gäste des Alternativgipfels wie Argentinien Friedensnobelpreisträger Adolfo Pérez Esquivel aufmerksam machen.

Jahrelang liefen Verhandlungen zwischen der EU und dem Mercosur (der Zollunion von Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) über eine Handelsliberalisierung, bis sie im Oktober 2004 je nach Standpunkt an mangelnden Zollsenkungen des Mercosur bzw. dem zu geringen Abbau von Agrarsubventionen der EU scheiterten. Die EU strebt weiterhin ein Assoziationsabkommen mit dem Mercosur an. Ein bilaterales Handelsabkommen besteht bereits mit Chile, das eine konsequente Politik der Marktöffnung verfolgt.